

# Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Landesvorsitzender: Peter Hammen, Schlossküchenweg 27, 98574 Schmalkalden,  
Fon: (03683) 402048 Mobil: (0151) 11202843  
Fax: (03683) 466708 E-Mail: Peter.Hammen@Buergerallianz.de  
Internet: [www.Buergerallianz.de](http://www.Buergerallianz.de) E-Mail: BA-Kontakt@Buergerallianz.de

---

Offener Brief an die Landesregierung, Abgeordneten, Bürgermeister und Richter in Thüringen !

## Arnstädter Erklärung vom 05. Mai 2007

### Gerechtigkeit bei Kommunalabgaben

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen tausender Bürger des Landes Thüringen wendet sich die *Bürgerallianz* als Dachverband der Thüringer Bürgerinitiativen mit einem offenen Brief an die gewählten Volksvertreter aller im Thüringer Landtag vertretenen Parteien, die Bürgermeister und die Richterschaft des Landes.

Durch die Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes per 01. 01. 2005 wurde ein Stück Gerechtigkeit durchgesetzt und die persönliche Lage vieler Thüringer verbessert.

Auch im Handwerk und Gewerbe gab es mehr Aufträge infolge der Beitragsrückzahlungen.

Ein Teil der Probleme bei Kommunalabgaben wurden durch diese Gesetzesänderung gelöst.

Diese Gesetzesänderung war endlich einmal eine Entscheidung zugunsten der Bürger und hat die Wirtschaft belebt.

Leider wurden nicht alle Zwangsbeiträge durch diese Gesetzesänderung abgeschafft.

Die Landesregierung begründet die Notwendigkeit der weiteren zwangsweisen Erhebung von Beiträgen für Abwasser und Straßenausbau mit den sehr hohen Investitionen in diesen Bereichen und der Haushaltslage des Landes.

Die finanzielle Situation unseres Landes darf nicht zur Missachtung von Gesetzen führen und Grundprinzipien aushebeln.

Die Artikel 1 (Menschenwürde) und Artikel 2 (Gleichheit) der Thüringer Verfassung betrachten wir durch die Anwendung von Zwangsbeiträgen als verletzt.

Eine realistische, volksnahe Rechtsprechung ist möglich, wie das Urteil des Sächsischen Obergerichtes vom Januar 2007 zur Anwendung einer Straßenausbaubeitragsatzung zeigt.

Die Beseitigung der ungerechten Zwangsbeiträge für Abwasserinvestitionen und Straßenausbau sollte bald durch den Thüringer Landtag per Gesetz erfolgen.

#### Hierzu die wichtigsten Argumente:

1. Wer die Einrichtungen wie Abwasseranlagen und Straßen in Anspruch nimmt, muss hierfür anteilig die Investitionskosten über **Gebühren und Steuern** tragen, unabhängig, ob er Eigentümer oder Mieter ist.
2. Die Höhe der Zwangsbeiträge wird **willkürlich, ungefragt und unkontrolliert** zu Lasten des Privateigentums dieser Bevölkerungsminderheit festgelegt. Die Zwangsbeiträge führen auch zur zusätzlichen finanziellen Belastung der Mieter, weil die kommunalen Gesellschaften und Genossenschaften die Beiträge nur aus der Miete finanzieren können.  
Die Methodik zur Berechnung der Höhe der einzelnen finanziellen Belastungen ist ungerecht und unlogisch, weil es keinen Bezug zur tatsächlichen Nutzung durch Personen gibt sondern nur auf die Grundstücksfläche und Geschoßanzahl abstellt.  
Die Methodik ist auch falsch, weil die tatsächliche Bebaubarkeit der Grundstücksfläche, z.B. wegen baurechtlicher Festlegungen, nicht berücksichtigt wird.

3. Die Zahlung der Zwangsbeiträge (für Abwasser und Straßenausbau) erfolgt **ohne konkrete nachweisbare Gegenleistung für den Einzelnen**.  
Dieses private Geld geht in kommunales Eigentum über.  
Da die Beitragserhebung in keinem Verhältnis zum vermeintlichen wirtschaftlichen Vorteil aus der Investition steht, handelt es sich praktisch um eine “finanzielle Enteignung“.  
Die massenhaften Widersprüche gegen eine solche Ungerechtigkeit führen gegenwärtig nicht einmal zu einer aufschiebende Wirkung der Zahlungspflicht, weil Forderungen nach kommunalen Beiträgen als Ausnahme (VwGO § 80 II) behandelt werden!
4. Die Beitragserhebung auf Grundstücksflächen ist **unzeitgemäß**.  
Sie stammt aus dem Kaiserreich von 1883 und hatte damals das vorrangige Ziel, die reichen Großgrundbesitzer an der Finanzierung der entstehenden Infrastruktur des Deutschen Reiches zu beteiligen.
5. Die Ermächtigung der Bürgermeister über das Privatvermögen der Haus- und Grundeigentümer zu verfügen, ist **undemokratisch**.
6. Zwangsbeiträge stehen gewünschter Wirtschaftsentwicklung entgegen, weil diese hohen Kosten einen **Standortnachteil** darstellen und Wettbewerbs verzerrend wirken.
7. Zwangsbeiträge schüren **Existenzängste**, weil sie einen schweren Eingriff in das Leben der betroffenen Familien darstellen können. Besonders Jugendliche und Rentner erleben schmerzhaft Einschränkungen durch diese Finanzierungsform.
8. Die **rückwirkende Erhebung von Beiträgen** ist aus rechtsstaatlichen und verfassungsrechtlichen Gründen abzulehnen. Der Bürger muss auf das staatliche und kommunale Handeln vertrauen können.

**Die Erhebung von Zwangsbeiträgen bei Abwasser und Straßenausbau muss endlich beendet werden. Sie sind nicht mehr zeitgemäß, missachten das Verursacherprinzip und sind sozial ungerecht.**

Alle Abgabepflichtigen sorgen mit ihrem finanziellen Engagement in Thüringen für gute Wohn- und Lebensbedingungen, für die Verschönerung der Gemeinden, für den Umweltschutz und sicheren so Arbeitsplätze.

Viele Thüringer, insbesondere Grundstückseigentümer haben sich oft auf Jahrzehnte verschuldet und können zusätzliche Lasten nicht mehr tragen.

Zur Finanzierung der allgemeinen Daseinsvorsorge (kommunale Infrastruktur) sollten ausschließlich Steuern und Gebühren sowie freiwillige Entgelte eingesetzt werden.

*Die Erschließungsbeiträge nach Baugesetzbuch und die Hausanschlusskosten innerhalb des eigenen Grundstücks sind akzeptabel, stellen sie doch keine Zwangsbeiträge dar.*

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir fordern Sie auf, zur **Herstellung von Gerechtigkeit** den grundsätzlichen Gesetzen Geltung zu verschaffen und deshalb alle Zwangsbeiträge in Thüringen abzuschaffen und diese durch mehr Sparsamkeit sowie erhöhte Steuern und Gebühren langfristig zu ersetzen.

Dies ist möglich. Die notwendigen Investitionen können über Gebühren finanziert werden, wie bei Gas, Strom und Müll oder durch Steuern, wie bei Landes- und Bundesstraßen.

Bitte helfen Sie bei dieser notwendigen Veränderung mit, damit die Zukunft von Thüringen im Konsens mit der großen europäischen Gemeinschaft und unter Beachtung des globalen Wettbewerbs gestaltet werden kann.

Die *Bürgerallianz Thüringen* steht jederzeit für Gespräche bereit.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hammen  
Vorsitzender *Bürgerallianz Thüringen* e. V.